



## Friedrich Haag

Wohnungsbaupolitischer Sprecher  
FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

### REDE

anlässlich der Aktuellen Debatte

„Nach dem Brand im Busdepot in Stuttgart – bedingt die Elektromobilität neue Herausforderungen für Brandschutz und Feuerwehr?“

am 6. Oktober 2021

im Landtag von Baden-Württemberg

Frau Präsidentin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

zum Glück gab es beim Brand in Stuttgart keine Schwerverletzten oder gar Tote! Das sage ich als Abgeordneter und Feuerwehrmann. Aber der Vorfall muss Anlass sein, um endlich offene Fragen zu beantworten.

Am Sonntag hat das Verkehrsministerium verkündet, dass die ÖPNV-Busflotte mit Fördermitteln modernisiert werden soll. Die Rede ist von „klimafreundlichen Fahrzeugen“, die aufgrund einer EU-Vorgabe in bestimmten Quoten beschafft werden müssen.

Jetzt wissen wir aber, dass die Klimafreundlichkeit eines Fahrzeugs nicht von der Antriebsart, sondern von der eingesetzten Energie abhängt. Trotzdem wird alles, wo kein CO<sub>2</sub> aus einem Auspuff herauskommt, pauschal als „klimaneutral“ bezeichnet. Aber stets wird dabei auch die Vorkette der Produktion weggelassen. Hier müssen wir uns ehrlich machen - auch in der Kommunikation, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Generell brennen E-Fahrzeuge nicht häufiger als herkömmliche Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Aber die Brandstärke ist heftiger, und der Aufwand beim Löschen bei teil- und vollelektrischen Fahrzeugen um ein Vielfaches zeitintensiver.

Auch deshalb sollten wir darüber nachdenken, den klimaverträglichen Verkehr auf anderen Wegen zu realisieren. Zum Beispiel, indem wir die Fahrzeuge der öffentlichen Fuhrparks, die mit fossilen Kraftstoffen betrieben werden, auf eine Betankung mit klimafreundlichen synthetischen Kraftstoffen umstellen.

Offene Fragen gibt es auch beim Umweltschutz: Die Landesregierung darf hier keine Abstriche machen, nur weil der Verursacher die vermeintlich saubere E-Mobilität ist. Es geht um den Schutz des Abwassers vor hochgiftigen Gefahrenstoffen, wie sie bei Bränden von E-Fahrzeugen freigesetzt werden.

**Landtagsbüro**  
Haus des Landtags

 Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart  
 0711 2063 9240  
 0711 2063 149240

 [friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de](mailto:friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de)  
 [www.friedrich-haag.de](http://www.friedrich-haag.de)  
 /haagfdp  
 /haagfdp

**Wahlkreisbüro**  
Stuttgart

 Weißenburgstraße 29  
70180 Stuttgart  
 0711 9459 1111

Während des Ladevorgangs ist das Risiko eines Brandes am höchsten. Deshalb brauchen die Fahrzeuge entweder ausreichend Abstand voneinander während des Aufladens oder wir benötigen neue Brandschutzmaßnahmen, die bei Feuer andere unbeteiligte Fahrzeuge schützen. Denn beim Brand während des Ladevorgangs sind immer Gebäude und andere Fahrzeuge drumherum betroffen und es ist oft niemand da, der den Brand unmittelbar bemerkt.

Die Landesregierung kümmert sich nur darum, wie man mit Fördermitteln die E-Mobilität auf die Straße bringt, ohne einen Plan zu entwickeln für den Umgang mit möglichen Gefahren.

Oder wird sie die Bus-Unternehmen mit weiteren Fördermitteln unterstützen, damit diese Brandschutzmaßnahmen in ihren Depots realisieren können?

Mehr Technologieoffenheit an dieser Stelle würde nicht nur der Umwelt helfen, sondern auch der Sicherheit der Bevölkerung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für mich steht außer Frage: Die Busdepots sind für die Elektromobilität und die daraus resultierenden Gefahren aktuell nicht gewappnet. Erst Düsseldorf, dann Hannover, jetzt Stuttgart. Wen trifft es als nächstes?

Wir brauchen eine neue Risikobewertung von Lade- und Abstellplätzen sowie Tiefgaragen. Die Landesregierung muss prüfen, ob bauliche und brandschutztechnische Nachrüstungen notwendig sind. Zum Beispiel mit leistungsstarken Brandmeldeanlagen und Sprinklern sowie intelligente Fluchtwegsteuerung und Ansaug-Rauchmelder, die ständig Luftproben auf Rauch und Gaspartikel prüfen.

Machen wir uns aber nichts vor:

Diese Maßnahmen werden viel Geld kosten und den ÖPNV weiter verteuern und die eh schon exorbitanten CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten mittels E-Mobilität weiter nach oben treiben.

Es besteht eine große Diskrepanz zwischen der massiven Förderung der E-Mobilität einerseits und der Zurückhaltung des Landes bei Maßnahmen zum Schutz der Menschen und Fahrzeuge.

Ich bin überzeugt: Man kann auf anderen Wegen mit weniger Geld mehr Klimaschutz erreichen. Wir sollten daher – wie bereits erwähnt – mehr Technologie-Offenheit zulassen! Für die Umwelt – UND die Sicherheit der Menschen!